

STAND: 16.12.2020, 17:30 Uhr					
Antragsnr.	Antragsteller*in	Zeile	Änderung	Begründung	Verfahren
D-01: Kohleausstieg in Berlin: Wärme aus Müllverbrennung ist nicht klimaneutral! (von Gudrun Pinn, LAG Umwelt)					Zurückgezogen
D-02: Bildungssenatorin Sandra Scheeres macht's möglich! (von Klemens Griesehop, KV Pankow)					Empfehlung: keine Dringlichkeit
D-03: Menschenrechte wahren - Abschiebestopp nach Syrien! (von Svenja Borgschulze, KV Pankow u.a.)					Empfehlung: Dringlichkeit gegeben
D-03-062	Werner Graf (KV Friedrichshain/Kreuzberg)	62	Von Zeile 62-63 löschen: Bündnis 90/Die Grünen Berlin bekennt sich klar zu den Menschenrechten und ist bereit sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen.		Übernahme
D-04: Berlin in der Pandemie - Infektionszahlen absenken und Schutz im Lockdown (von Silke Gebel, KV Mitte u.a.)					
R1-V-22: Für eine Berliner Polizeistudie!(von: LAG Demokratie und Recht (beschlossen am: 22.11.2020))					
R1-V-22-005	Britta Kallmann (KV Friedrichshain/Kreuzberg)	5	Von Zeile 4 bis 6 einfügen: Polizei entwendet hat. Ein sog. NSU 2.0 bedroht Menschen und es gibt Hinweise darauf, dass die dafür genutzten Daten aus polizeilichen Datenverarbeitungssystem- auch der Berliner Polizei -stammen. Die bislang bekannt gewordenen Vorfälle sind über das gesamte Bundesgebiet verteilt. Fortlaufend werden	Vorkommnisse in der Berliner Polizei deutlicher und konkreter machen.	Übernahme
R1-V-22-009	Britta Kallmann (KV Friedrichshain/Kreuzberg)	9	Von Zeile 8 bis 10 einfügen: 2020 in insgesamt 53 Fällen (Verwaltungs-)Ermittlungen wegen entsprechender Vorwürfe gegen Mitarbeitende in den Sicherheitsbehörden geführt. Seit 2016 gab und gibt es in Neukölln über 70 rechtsextreme Anschläge gegen Helfer*innen, die sich für Geflüchtete und gegen rechts engagieren. Betroffene kritisierten die Verbindung von einigen Polizeibeamt*innen zu Täter*innen, beispielweise durch die Weitergabe von Polizeiinternas an das tatverdächtige Milieu. Wer noch immer von Einzelfällen spricht, will die Hinweise auf ein strukturelles Problem nicht erkennen.	Vorkommnisse in der Berliner Polizei deutlicher und konkreter machen.	ModÜ Seit 2016 gab und gibt es in Neukölln über 70 rechtsextreme Anschläge gegen Helfer*innen, die sich für Geflüchtete und gegen rechts engagieren. Betroffene kritisierten die mutmaßlichen Verbindungen von einigen Polizeibeamt*innen zu Täter*innen, so steht der Vorwurf der Weitergabe von Polizeiinternas an das tatverdächtige Milieu im Raum.
R1-V-22-012	Angela Hinze (KV Berlin-Spandau)	12	Von Zeile 11 bis 13: Dabei ist klar: Jede auf Rassismus oder Diskriminierung zurückzuführende polizeiliche Maßnahme und jede*r Mitarbeitende mit rassistischer, rechtsextremem oder antisemitischer oder gar krimineller Einstellung in den Sicherheitsbehörden stellt eine Bedrohung für Rechtsstaat und Demokratie	rassistische, rechtsextreme, antisemitische und auch kriminelle Menschen sind leider in allen der drei personenstärksten Berliner Ethnien zu finden	Nichtbefassung
R1-V-22-028	Angela Hinze (KV Berlin-Spandau)	28	Von Zeile 28 bis 34: Eine von unabhängigen Forschenden- die sehr gute eigene Kenntnisse der arabischen, deutschen und türkischen Sprache (alphabetische Reihenfolge) haben müssen oder vereidigte Dolmetscher hinzuziehen müssen - konzipierte und durchgeführte eigenständige Studie zu strukturellem Rassismus- und zwar in jeder Richtung - sowie rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Einstellungen und Hinweisen auf kriminelle Handlungen oder Anstiftung dazu sowie Racial-Profiling in den Berliner Sicherheitsbehörden. Die Untersuchung der Fehlerkultur in den Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit rechtsextremistischen, rassistischen und rechtsextremistischen, rassistischen, antisemitischen und kriminellen Vorfällen bis hin zum Terrorismus und die Analyse existierender Schutzmechanismen gegen die Verbreitung dieser Einstellungen und Haltungen sowie die Vorlage von Verbesserungsvorschlägen.	Rassismus, Diskriminierung gibt es in alle denkbaren Richtungen. Es muss in diesem Zusammenhang auch festgestellt werden, ob es in der Berliner Polizei Verbindungen gibt zu bekannten Berliner Großfamilien und deren Taten (bis hin zum Raub der Big Maple Leaf und anderen)	Nichtbefassung

STAND: 16.12.2020, 17:30 Uhr					
Antragsnr.	Antragsteller*in	Zeile	Änderung	Begründung	Verfahren
R1-V-22-030	Sebastian Walter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg) sowie Bene Lux (KV Steglitz-Zehlendorf), June Tomiak (KV Berlin-Kreisfrei)	30	Nach Zeile 30 einfügen: Die Studie soll dabei folgende quantitative und qualitative Aspekte berücksichtigen:Befragungen von allen Dienstkräften der Berliner Polizei analog der sogenannten „Mitte-Studie“ bzw. des „Berlin Monitors“, um ein Lagebild über Einstellungen innerhalb der Polizei zu erlangen Durchführung einer diskriminierungskritischen Organisationsuntersuchung der Berliner Polizeibehörde und darauf aufbauend die Entwicklung von Empfehlungen für eine Diversity-Gesamtstrategie bei der Polizei – insbesondere unter Berücksichtigung von:Untersuchung der polizeilichen Aus-, Fort- und Weiterbildung und Entwicklung von Empfehlungen für Curricula, Lehrinhalte und -materialien, um eine diskriminierungskritische und diversitätsorientierte polizeilichen Grundhaltung und Praxis zu vermitteln und Straftaten mit rassistischem, diskriminierendem und rechtsextremem Hintergrund besser zu erkennen Untersuchung aller Richtlinien, Anweisungen sowie von Einsatzplänen, Einsatzstrategien und sonstigen Praxen der Berliner Polizeibehörde auf mittel- und unmittelbare sowie institutionelle DiskriminierungErhebung einer repräsentativen Umfrage unter potentiell von Rassismus und Racial Profiling betroffenen Personen zu ihrem Vertrauensverhältnis zur Polizei sowie darauf aufbauend die Entwicklung von Empfehlungen für vertrauensbildende Maßnahmen zwischen ihnen und der Polizei, wie etwa ein „Community Policing“-Konzept. Untersuchung von Racial Profiling an sogenannten „Kriminalitätsbelasteten Orten“ (KBOs), die auch den Einsatz und Nutzen der verdachtsunabhängigen Kontrollen sowie die Möglichkeiten eines Ticket-Systems prüft.		ModÜ Der Absatz wird ab Zeile 35 als dritter Aufzählungspunkt eingefügt. Die bisherigen Zeilen 35-38 werden gestrichen.
R1-V-22-041	Luis Höhne (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)	41	In Zeile 41 einfügen: Die Orientierung der Berliner Innenpolitik an den Erkenntnissen der Studie <u>und die konsequente sowie zeitnahe Umsetzung möglicher Lösungsvorschläge.</u>	Was, wenn nicht die Ergebnisse einer fundierten wissenschaftlichen Studie unter Einbeziehung der Betroffenen, wie im Antrag beschrieben, sollte unsere Innenpolitik leiten? Wir dürfen uns in Berlin nicht durch die unverantwortliche Blockadehaltung des Bundesinnenministeriums zu einer Reform der Sicherheitsbehörden aufhalten lassen. Wir müssen möglichst schnell handeln, um weitere Skandale zu verhindern und strukturellen Rassismus & Rechtsextremismus endlich wirksam zu bekämpfen. Das sind wir den Betroffenen von Racial-Profiling u.ä. schuldig!	ModÜ die zeitnahe Orientierung der Berliner Innenpolitik an den Erkenntnissen und Lösungsvorschlägen der Studie
R2-V-17: Siemensstadt 2.0 zum Modellquartier für nachhaltige Stadtentwicklung machen (von: Bettina Jarasch (KV Berlin-Pankow))					
R2-V-17-019	Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)	19	Von Zeile 19 bis 20: Die Siemensstadt 2.0 muss zum Modellquartier für <u>klima-klimaneutrales</u> und naturgerechtes, ressourcensparendes und gleichzeitig bezahlbares Planen und Bauen werden, mit guten	[Beteiligung Fachforum; für Synopse gelöscht]	Übernahme
R2-V-17-028	Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)	28	Von Zeile 27 bis 29: Bei der grünen Zukunftswerkstatt hat die Konzernvertreterin Dr. Katerina Rigby betont, dass Siemens diese Ziele teilt. An diesem Anspruch werden wir Siemens messen. Wir <u>erwartenfordern</u> daher, dass Siemens, Senat und Bezirke in der Umsetzung des Siegerentwurfs des städtebaulichen	[Beteiligung Fachforum; für Synopse gelöscht]	Übernahme
R2-V-17-030	Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)	30	Von Zeile 29 bis 31: dass Siemens, Senat und Bezirke in der Umsetzung des Siegerentwurfs des städtebaulichen Wettbewerbs offen sind für <u>konkrete-neue und innovative</u> Ideen und Forderungen, die geeignet sind, diese Ziele zu realisieren.	[Beteiligung Fachforum; für Synopse gelöscht]	modÜ "konkrete, innovative"
R2-V-17-036	Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)	36	Von Zeile 35 bis 37: sollen konsequent umgesetzt und gleichzeitig weiterentwickelt werden. Denn die Siemensstadt 2.0 muss zum Modellquartier für <u>klima-klimaneutrales</u> und naturgerechtes, ressourcensparendes und gleichzeitig bezahlbares Planen und Bauen werden, mit guter	[Beteiligung Fachforum; für Synopse gelöscht]	Übernahme
R2-V-17-036-2	Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)	36	Von Zeile 35 bis 37 einfügen: sollen konsequent umgesetzt und gleichzeitig weiterentwickelt werden. Denn die Siemensstadt 2.0 muss zum Modellquartier für klima- und naturgerechtes, <u>autofreies</u> ,ressourcensparendes und gleichzeitig bezahlbares Planen und Bauen werden, mit guter	[Beteiligung Fachforum; für Synopse gelöscht]	modÜ "autoarmes"

STAND: 16.12.2020, 17:30 Uhr					
Antragsnr.	Antragsteller*in	Zeile	Änderung	Begründung	Verfahren
R2-V-17-043	Angela Hinze (KV Berlin-Spandau)	43	Von Zeile 43 bis 47: Kein Dach darf und keine Fassade soll ungenutzt sein. Die Dächer und soweit irgend möglich auch die Fassaden der Neubauten und auch beim gewerblichen Bestand sollen für Grün, Erholung, Regenwasserrückhalt, Sport und die Gewinnung Erneuerbarer Energien, Regenwasserrückhalt, letztlich auch für Sport und Erholung genutzt werden. Die Grünzüge Jungfernheide und Siemenspark sollten müssen durch das Gelände fortgesetzt werden. Die Bäume und die kleine Grünanlage im Bereich der Straße am Schaltwerk sind unbedingt zu erhalten und in die Neuplanung	Wegen des Modellcharakters ist m. E. unbedingt zu berücksichtigen, dass Klima- und Artenschutzmöglichkeiten voll ausgeschöpft werden; bereits jetzt sind Photovoltaik-Anlagen UND Dachbegrünung auch miteinander möglich (siehe z. B. "Biodiversitätsförderung durch Dachbegrünung" u.a. : Dr. Stephan Brenneisen, Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, Institut für Umwelt und natürliche Ressourcen, Entwicklung Dachbegrünungen). Fassadenbegrünungen/ vertikale Bepflanzungen mit Regenwasserauffang-/Zuleitungen sind ebenfalls längst möglich und bergen enormes Potenzial - u. a. zur Luftverbesserung in Großstädten, um nur einen Punkt zu nennen. Und nicht zuletzt geht die Entwicklung hinsichtlich der Nutzung der Sonnenenergie an Fassaden und selbst Betonflächen rasant weiter (siehe z.B. "Sonnenstrom für Fassaden, Forschung Kompakt, 02. März 2020" Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen IMWS). Schließlich ist es von enormer Bedeutung, auch die kleinsten Grünbrücken in unserer Stadt bei jeder sich bietenden Möglichkeit miteinander zu verbinden. Für unsere Partei, die das "Grün" im Namen trägt, sollte nicht nur meiner Meinung nach der Artenerhalt und damit der Klimaschutz an erster Stelle stehen, insbesondere im Hinblick auf solche Desaster wie z.B. für Nestlé und gegen den Dannenröder Forst. mit folgendem Zitat (Auszug), Quelle: Greenpeace Frankfurt am Main/Wald: "... Dass ein 40 Jahre altes, höchst umstrittenes Autobahn-Bauvorhaben ausgerechnet von einem grünen Verkehrsminister ohne Zögern durchgepeitscht wird, ist ein Schock für die gesamte Umweltbewegung und eine Enttäuschung für die junge Generation..."	Übernahme
R2-V-17-048	Annkatriin Esser (KV Treptow/Köpenick)	48	Von Zeile 47 bis 48 einfügen: Bereich der Straße am Schaltwerk sind unbedingt zu erhalten und in die Neuplanung einzubeziehen. Die klimaneutrale Wärmeversorgung soll durch ein niedertemperatur Nahwärmenetz sicher gestellt werden. Zudem müssen entsprechende Energie- und Wärmespeicher eingeplant werden und erneuerbare Wärmequellen bspw. Serverabwärme, Solarthermie und Wärmepumpen in neuem Maßstab genutzt und experimentell erforscht werden.	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	modÜ Die klimaneutrale Wärmeversorgung soll durch ein Nahwärmenetz sichergestellt werden. Zudem müssen entsprechende Energie- und Wärmespeicher eingeplant werden und erneuerbare Wärmequellen bspw. Serverabwärme, Solarthermie und Wärmepumpen in neuem Maßstab genutzt und experimentell erforscht werden.
R2-V-17-050	Alexander Kräß (KV Steglitz/Zehlendorf)	50	Von Zeile 49 bis 52 einfügen: Siemensstadt 2.0 soll ein CO2-neutrales Quartier und ein Experimentierfeld für nachhaltige, autofreie Mobilität werden. Die Öffnung und Umnutzung des Industrieareals muss für eine bessere Vernetzung des Plangebiets und des umgebenden Nord-West-Raums mit dem Umweltverbund genutzt werden als im Siegerentwurf vorgesehen. Die Siemensstadt 2.0 und die Bezirke Spandau,	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	modÜ "autoarmes...mit dem Umweltverbund"
R2-V-17-050-2	Alexander Kräß (KV Steglitz/Zehlendorf)	50	Von Zeile 49 bis 51 einfügen: Siemensstadt 2.0 soll ein CO2-neutrales Quartier und ein Experimentierfeld für nachhaltige Mobilität werden. Deshalb soll das Viertel mit Verzicht auf den motorisierten Individualverkehr geplant werden. Die Öffnung und Umnutzung des Industrieareals muss für eine bessere Vernetzung des Plangebiets und des umgebenden Nord-West-Raums genutzt	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	modÜ Deshalb soll das Viertel so geplant werden, dass niemand auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen ist.

STAND: 16.12.2020, 17:30 Uhr					
Antragsnr.	Antragsteller*in	Zeile	Änderung	Begründung	Verfahren
R2-V-17-067	Alexander Kräß (KV Steglitz/Zehlendorf)	67	Von Zeile 66 bis 72: Siegerentwurf vorgesehene Parkhaus verbaut eine mögliche Fortsetzung des Parks an der Straße am Schaltwerk und muss wegfallen. Die Stellplatzzahl von 6.500 muss langfristig mindestens halbiert und durch Carsharing-Konzept ersetzt werden. Als langfristige Lösung soll bei Leerstand von Stellplätzen der Rückbau erfolgen. Deshalb werden die Parkplätze von vorne herein so gebaut, dass sie schnell rückgebaut oder umgenutzt werden können z.B. durch temporäre Parkdecks. Stellplätze für motorisierten Verkehr sollen nur für nicht vermeidbaren Lieferverkehr, wichtige Infrastruktur und Parkplätze für Menschen mit Behinderungen eingeplant werden. Parkplätze sollen so gebaut werden, dass sie schnell umgewidmet werden können, wenn sie nicht benötigt werden. Auch schon für den Baustellenverkehr, später aber auch für den Wirtschaftsverkehr braucht es neue und innovative Lösungen:	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	modÜ Stellplätze für motorisierten Verkehr sollen vordringlich für nicht vermeidbaren Lieferverkehr, wichtige Infrastruktur und Parkplätze für Menschen mit Behinderungen eingeplant werden. Parkplätze sollen so gebaut werden, dass sie schnell umgewidmet oder rückgebaut werden können, wenn sie nicht benötigt werden. Ergänzend ist ein Carsharing-Konzept zu entwerfen."
R2-V-17-079	Alexander Kräß KV Steglitz/Zehlendorf	79	Von Zeile 78 bis 80: Die soziale Mischung in den neuen Stadtquartieren ist eine zentrale Aufgabe, deshalb sollen neben den 30% Sozialwohnungen außerdem mindestens 35% im mittleren Preissegment <u>unteren Preissegment</u> entstehen.	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	modÜ deshalb sollen neben mindestens 35% Sozialwohnungen und Wohnungen im unteren Preissegment außerdem mindestens 35% im mittleren Preissegment entstehen.
R2-V-17-085	Annkatrien Esser KV Treptow/Köpenick	85	Von Zeile 84 bis 85 einfügen: ausreichend gedeckt werden.Für frühere Kleingartenflächen (Arbeitnehmergärten) werden alternativ Ersatzflächen möglichst in den umliegenden Bezirken bereitgestellt. <u>Zudem sollen weitere Freiräume und ein Haus der Zivilgesellschaft geschaffen werden, in dem Initiativen Platz haben für ihre politische Arbeit.</u>	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Übernahme
R2-V-17-088	Annkatrien Esser KV Treptow/Köpenick	88	Von Zeile 87 bis 89 einfügen: Beteiligung und gemäß der Berliner „Leitlinien für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der räumlichen Stadtentwicklung“ (Drucksache 18/2230) durchgeführt werden. <u>Straßen sollen nur nach Frauen*, Inter und Trans sowie BIPOC benannt werden.</u> Öffentliche Beteiligung, die durch die veränderte Situation durch Covid-19, nicht	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Übernahme
R2-V-17-093	Annkatrien Esser KV Treptow/Köpenick	93	Von Zeile 92 bis 94 einfügen: Charlottenburg Nord genauso einbezieht wie künftige Bewohner*innen der Siemensstadt 2.0 und in dem sich die dortige Stadtgesellschaft wiederfindet. <u>Der Projektbeirat muss die Gesellschaft abbilden. Gerade Perspektiven junger Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte/BIPOC müssen mit eingebunden werden.</u> Ein kommunales Vorkaufsrecht für alle Grundstücksgeschäfte (und gleichartige Verträge) zum	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Übernahme
R2-V-17-115	Annkatrien Esser KV Treptow/Köpenick	115	Von Zeile 114 bis 116: existierenden Einkaufszentren an der Paulsternstraße sowie am U-Bhf. Siemensdamm. Um deren Verödung zu verhindern, muß es ein übergeordnetes Einzelhandelskonzept <u>übergeordnetes Einzelhandelskonzept mit einem Fokus auf geringem Verkehrsaufkommen</u> geben.Damit es durch die Aufwertung des Quartiers nicht zur Verdrängung der	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Übernahme
R3-V-05: VERKEHRSWENDE IN ALLEN BEZIRKEN. JETZT! (von: LAG Mobilität (beschlossen am: 18.02.2020))					
R3-V-05-001	Philipp Läufer KV Mitte	1	Neuer Titel: Mobilität ausschließlich für die Innenstadt - die Außenbezirke kommen nicht vor!	Im Antrag kommen gegensätzlich zum Titel zu wenig Maßnahmen für die Außenbezirke vor.Mit diesem AA möchten wir auf den Mangel an konkreten Maßnahmen für Außenbezirke hinweisen. Alternativ zu einer Änderung des Titels können unsere vorgeschlagenen AA zur Infrastruktur in Außenbezirken angenommen werden. [Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Zurückgezogen
R3-V-05-007	Alexander Kräß KV Steglitz/Zehlendorf	7	Von Zeile 6 bis 8: unverzüglich die Anordnung von Fahrradstraßen, Verkehrsberuhigungen, Freigabe von gegenläufigen Einbahnstraßen für den Radverkehr und Schutz vor Eckenparkern <u>Eckenparker*innen</u> durch Fahrradbügel auf der Fahrbahn.	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Übernahme

STAND: 16.12.2020, 17:30 Uhr					
Antragsnr.	Antragsteller*in	Zeile	Änderung	Begründung	Verfahren
R3-V-05-008	Annkatrien Esser KV Treptow/Köpenick	8	Von Zeile 7 bis 8 einfügen: gegenläufigen Einbahnstraßen für den Radverkehr und Schutz vor Eckenparkern durch Fahrradbügel auf der Fahrbahn. <u>Wir fordern flächendeckend Pop-Up-Radwege, welche Lücken im Radverkehrsnetz schließen. Diese Pop-Up-Radwege müssen insbesondere Schutz vor Autoverkehr bieten. Alle Pop-Up-Radwege werden verstetigt.</u>	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	modÜ Wir fordern vor allem die Außenbezirke auf, flächendeckend Popup Radwege zu errichten, welche die Lücken im Radnetz schließen.
R3-V-05-008-2	Philipp Läufer KV Mitte	8	Nach Zeile 8 einfügen: Wir sprechen uns dagegen aus, Grünflächen zugunsten von Radverkehr zu versiegeln. Der Wegfall von Grünflächen sowie Fußverkehrsflächen muss immer konkret begründet werden. Wegfallende Grün- und Fußverkehrsflächen müssen ausgeglichen werden.	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	modÜ Wir wollen, dass in anstehenden Planungsprozessen Grünflächen grundsätzlich nicht zugunsten von Radverkehr versiegelt werden. Andernfalls muss der Wegfall von Grünflächen sowie Fußverkehrsflächen immer konkret begründet, sowie im Ausnahmefall ausgeglichen werden.
R3-V-05-008-3	Philipp Läufer KV Mitte	8	Nach Zeile 8 einfügen: Wir wollen die Fahrradmitnahme in U-Bahn und S-Bahn durch eine Senkung der Kosten erleichtern, da die den Menschen in den Außenbezirken die Teilhabe am ÖPNV ermöglicht.	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	modÜ Wir wollen die Fahrradmitnahme in U-Bahn und S-Bahn erleichtern, um den ÖPNV für Menschen in den Außenbezirken attraktiver zu machen.
R3-V-05-009	Alexander Kräß KV Steglitz/Zehlendorf	9	Von Zeile 9 bis 10: Die konsequente Umsetzung von <u>Eckenparkern</u> <u>Eckenparker*innen</u> („abschleppen“). Dazu sollen Mitarbeiter*innen in der Parkraumbewirtschaftung befugt werden. Beim allgemeinen	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Übernahme
R3-V-05-011	Wolf-Dietrich Kindt KV Charlottenburg/ Wilmsdorf	11	Nach Zeile 11 einfügen: Die konsequente Überwachung der ordnungsgemäßen Nutzung von Fahrradstraßen durch regelmäßige Kontrollen durch Polizei und Ordnungsamt, insbesondere mit Blick darauf ob für Kfz eine Berechtigung besteht die Straße zu befahren.	Fahrradstraßen sind eine gute Sache, sie sind aber wenig wert, wenn deren Nutzung nicht kontrolliert wird. Erfahrungsgemäß lassen sich Autofahrer kaum durch ein Fahrradstaßenschild davon abhalten die Straße zu befahren. Ein zu hohes Verkehrsaufkommen in den betroffenen Straßen ist die Folge.	Übernahme
R3-V-05-015	Annkatrien Esser KV Treptow/Köpenick	15	Von Zeile 15 bis 16: Maßnahmen gegen den individuellen motorisierten <u>Durchgangsverkehr</u> <u>Durchgangs- und Lieferverkehr</u> in Wohngebieten, z. <u>[Zeilenbruch]</u> <u>[Leerzeichen]</u> B. durch den Einsatz von Diagonalsperren.	[Beteiligung Fachforum; für Synopse gelöscht]	Übernahme
R3-V-05-016	Klemens Griesehop KV Pankow	16	Von Zeile 15 bis 16 einfügen: Maßnahmen gegen den individuellen motorisierten Durchgangsverkehr in Wohngebieten, z. B. durch den Einsatz von Diagonalsperren <u>und Einbahnstraßen</u> .	Durch ein System von Einbahnstraßen in einem Wohnareal können Durchgangsverkehr einfach, kostengünstig und schnell verhindert werden, indem Einbahnstraßenschilder aufgestellt werden. Dadurch wird auch eine Spur frei für den Fahrradverkehr.	Übernahme
R3-V-05-017	Philipp Läufer KV Mitte	17	Von Zeile 17 bis 19: - <u>Pro-Bezirk die Anordnung von 2 Schulstraßen (temporäre Straßensperrung für Kfz zum morgendlichen</u> - <u>Alle Straßenabschnitte im direkten Umfeld zu Schulen werden zu Schulstraßen umgewidmet (temporäre Straßensperrung für Kfz zum</u> - <u>morgendlichen</u> Schulbeginn) als Modellversuch noch in dieser Wahlperiode und die wissenschaftliche Begleitung seitens der Senatsverwaltung.	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Zurückgezogen
R3-V-05-019	Philipp Läufer KV Mitte	19	Nach Zeile 19 einfügen: In jedem Bezirk werden mindestens zwanzig temporäre Spielstraßen umgesetzt. Anwohner*innen können sich über eine Online-Plattform des Landes für die Betreuung dieser Spielstraßen eintragen.	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Zurückgezogen
R3-V-05-019-2	Philipp Läufer KV Mitte	19	Nach Zeile 19 einfügen: Das Land stellt Materialien und Personal zur Einführung der Spielstraßen bereit.	Ergänzend zum ÄA (R3-V05-019), welcher die Einführung von Spielstraßen fordert. [Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	modÜ Das Land unterstützt die Bezirke sowie die beteiligten Initiativen bei der Einführung von temporären Spielstraßen.
R3-V-05-021	Annkatrien Esser KV Treptow/Köpenick	21	Von Zeile 20 bis 21 einfügen: Sofortmaßnahmen zum Schutz der nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer*innen, ggf. auch provisorische, an besonders gefährlichen Kreuzungen. <u>Bordsteinkanten werden an allen Kreuzungen abgesenkt, um ein barrierefreies und sicheres Queren der Straßen zu ermöglichen.</u>	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	modÜ Bordsteinkanten werden mittelfristig an allen Kreuzungen abgesenkt, um ein barrierefreies und sicheres Queren der Straßen zu ermöglichen.

STAND: 16.12.2020, 17:30 Uhr					
Antragsnr.	Antragsteller*in	Zeile	Änderung	Begründung	Verfahren
R3-V-05-021-2	Annkatriin Esser KV Treptow/Köpenick	21	Von Zeile 20 bis 21 einfügen: Sofortmaßnahmen zum Schutz der nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer*innen, ggf. auch provisorische, an besonders gefährlichen Kreuzungen. <u>Im ÖPNV sollen Barrieren abgebaut werden. Die Bahnhöfe sollen gut belichtet, mit Fahrstühlen erreichbar und mit barrierefreien Notrufsäulen auch für gehörlose Menschen und Menschen mit Blindheit ausgestattet sein.</u>	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Zurückgezogen
R3-V-05-021-3	Annkatriin Esser KV Treptow/Köpenick	21	Von Zeile 20 bis 21 einfügen: Sofortmaßnahmen zum Schutz der nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer*innen, ggf. auch provisorische, an besonders gefährlichen Kreuzungen. <u>Wir fordern eine immense Aufstockung der Mittel für die lückenlose Nachbesserung, damit Barrieren endgültig der Vergangenheit angehören.</u>	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Zurückgezogen
R3-V-05-022	Alexander Kräß KV Steglitz/Zehlendorf	22	Von Zeile 22 bis 23: Getrennte Grünphasen in Ampelschaltungen für Rechtsabbieger Rechtsabbieger*innen als Regelfall, an allen neuen oder umzubauenden Kreuzungen und Einmündungen, um Zufußgehende und Radfahrende	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Übernahme
R3-V-05-025	Philipp Läufer KV Mitte	25	Nach Zeile 25 einfügen: Das aktuell vom Senat geförderte Fahrradverleih-Angebot zusammen mit Nextbike ist ausbaufähig. Wir fordern einen Ausbau der existierenden Sharingprogramme für Fahrräder und Lastenräder. Bikesharing und Leihradstationen müssen in allen Bezirken innerhalb von einer Minute zu Fuß erreichbar sein.	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Zurückgezogen
R3-V-05-025-2	Philipp Läufer KV Mitte	25	Nach Zeile 25 einfügen: Um die letzte Strecke von Tram, S- oder U-Bahn zu verkürzen, soll das Nachtbusnetz sowie Angebote für Rufbusse besonders in Randbezirken ausgebaut werden.	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Übernahme
R3-V-05-025-3	Klara Schedlich KV Reinickendorf	25	Nach Zeile 25 einfügen: Wir wollen Mobilität in allen Bezirken ermöglichen. Nur wenn wir die Perspektive von Innen- und Außenbezirken mitdenken, können wir die Mobilitätswende in ganz Berlin schaffen. Deshalb fordern wir: Radschnellwege verbinden aktuell nur die Außenbezirke mit dem Zentrum. Dies vernachlässigt die Vielfältigen Alltagswege innerhalb der Bezirke. Um den Bedürfnissen aller Berlinerinnen zu entsprechen, müssen wir Radschnellwege auch zwischen und innerhalb der Bezirke ausbauen. Radwege müssen allgemein in den Außenbezirken ausgebaut und Querungen von Straßenbahnschienen Radfahrerinnen-freundlich gestaltet werden. Das Nachtbusnetz hilft aktuell, möglichst schnell ins Zentrum und wieder raus zu kommen. Dadurch werden Wege zwischen den Außenbezirken gerade nachts sehr kompliziert und umständlich. Wir fordern deshalb, dass längere Nachtbusverbindungen zwischen den Rand- und Außenbezirken geplant werden, um auch Nachts allen Berlinerinnen Mobilität zu ermöglichen. Das Angebot des BerlKönigs muss dauerhaft auf die Außenbezirke ausgedehnt werden, um eine gute Anbindung an ÖPNV-Stationen zu ermöglichen Gerade bei Straßenbahnen wird der Ausbau aktuell nur zentral geplant. Jedoch wäre es gerade auch wichtig, dass Rand- und Außenbezirke besser untereinander verbunden sind. Deshalb setzen wir uns für dezentrale Straßenverbindungen zwischen Außenbzirken ein.	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	ModÜ Wir wollen Mobilität in allen Bezirken ermöglichen. Nur wenn wir die Perspektive von Innen- und Außenbezirken mitdenken, können wir die Mobilitätswende in ganz Berlin schaffen. Das Nachtbusnetz hilft aktuell, möglichst schnell ins Zentrum und wieder raus zu kommen. Dadurch werden Wege zwischen den Außenbezirken gerade nachts sehr kompliziert und umständlich. Wir wollen die begonnenen Schritte zum Ausbau von besseren Nachtbusverbindungen auch zwischen den Rand- und Außenbezirken fortsetzen, um auch nachts allen Berliner*innen Mobilität zu ermöglichen. Das im Rahmen des Verkehrsvertrags geplante Angebot von Rufbussen wollen wir dauerhaft etablieren und damit ein neues Mobilitätsangebot auch für unterversorgte Stadtteile schaffen.
R3-V-05-029	Philipp Läufer KV Mitte	29	Nach Zeile 29 einfügen: Für alle Planungsstellen sollen regelmäßige Schulungen zu Feministische Stadtplanung verpflichtend werden. Dabei soll geschult werden, dass bei Planungsprozessen auf Flächengerechtigkeit zwischen den Verkehrsteilnehmer*innen geachtet werden muss und besonders die Sicherheit aller Menschen nach der Vision Zero im Fokus von allen neuen infrastrukturellen Entscheidungen steht.	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	modÜ Für alle Mitarbeiter*innen in den planenden Abteilungen sollen Schulungen zu Feministische Stadtplanung von der Verwaltungsakademie angeboten werden. Dabei soll geschult werden, dass bei Planungsprozessen auf Flächengerechtigkeit zwischen den Verkehrsteilnehmer*innen geachtet werden muss und besonders die Sicherheit aller Menschen nach der Vision Zero im Fokus von allen neuen infrastrukturellen Entscheidungen steht.

STAND: 16.12.2020, 17:30 Uhr					
Antragsnr.	Antragsteller*in	Zeile	Änderung	Begründung	Verfahren
R3-V-05-037	Johannes Mihram KV Mitte	37	Von Zeile 37 bis 38: eine systematische Ausbildungsoffensive (z.B. Duales System) für Radverkehrsingenieure <u>Radverkehrsingenieur*innen</u> und technische Verwaltungsmitarbeitende auf Landesebene	Redaktionelle Änderung: Auch an dieser Stelle sollten wir gendern.	Übernahme
R3-V-05-047	Alexander Kräß KV Steglitz/Zehlendorf	47	Von Zeile 47 bis 51 löschen: Von unseren zuständigen Bezirksstadträt*innen eine entsprechende Initiative und deutlich mehr Mut, Dinge auf die Straße zu bringen. Stützt Euch dabei auf die vorhandene Gesetzgebung, den Paragraphen 45 der StVO. Ihr seid auch nicht alleine, denn wir grüne Parteimitglieder und grüne BVV-Fraktionen stehen hinter Euch und vertreten berlinweit die Verkehrswende.	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Übernahme
R3-V-05-052	Alexander Kräß KV Steglitz/Zehlendorf	52	Von Zeile 52 bis 54: Wir fordern unseren Landesvorstand auf, in Zusammenarbeit mit unserer Senatorin und Bürgermeisterin Ramona Pop, unserer Senatorin Regine Günther, mit unseren Koalitionspartnern <u>unseren Senator*innen mit unseren Koalitionspartner*innen</u> SPD und Linke sowie dem Rat der Bürgermeister*innen über den Umgang mit offenen Stellen in	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Übernahme
R4-V-10: GLOBALSUMMENBEGRÜNDUNG – KLIMASCHUTZ IN DIE BEZIRKSFINANZIERUNG INTEGRIEREN (von: Friedemann Dau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg))					
R4-V-10-001	Philip Alexander Hiersemenzel KV Friedrichshain/Kreuzberg	1	Neuer Titel: GLOBALSUMMENBEGRÜNDUNG – KLIMASCHUTZ IN DIE LANDESFINANZIERUNG INTEGRIEREN Von Zeile 1 bis 3: Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), auf deren Basis die Berliner Bezirke ihre finanziellen Mittel durch die sogenannte „Produktbudgetierung“ zugewiesen bekommen, muss direkt am Klimaschutz ausgerichtet werden. Dafür setzen wir uns ein. <u>Die Kostenrechnung (KR), der öffentlichen Finanzen des Landes Berlin muss direkt am Klimaschutz ausgerichtet werden. Dafür setzen wir uns ein.</u>	Bezirke==>Land/Gesamtsystem	Neuer Titel modÜ: KLIMASCHUTZ IN DIE LANDESFINANZIERUNG INTEGRIEREN Von Zeile 1 bis 3 modÜ Die Kostenrechnung (KoRe) der öffentlichen Finanzen des Landes Berlin muss direkt am Klimaschutz ausgerichtet werden. Dafür setzen wir uns ein.
R4-V-10-004	Philip Alexander Hiersemenzel KV Friedrichshain/Kreuzberg	4	Von Zeile 4 bis 7: Solange Berlin am Prinzip der KLR-KR festhält, muss bezirkliches <u>das Handeln der öffentlichen Hand</u> systematisch auf Basis einer verursachungsgerechten CO ₂ -Bepreisung bemessen werden. Die Instrumente der „Produktbudgetierung“ <u>der KR</u> stellen diese Möglichkeit prinzipiell schon heute systemimmanent zur Verfügung.	mündlich	modÜ Dementsprechend muss das Handeln der öffentlichen Hand systematisch auf Basis einer verursachungsgerechten Bepreisung von Treibhausgasen (CO ₂ -Äquivalente, CO ₂ eq) bemessen werden. Die Instrumente der KoRe stellen diese Möglichkeit schon lange zur Verfügung.
R4-V-10-005	Philip Alexander Hiersemenzel KV Friedrichshain/Kreuzberg	5	Von Zeile 4 bis 6: Solange Berlin am Prinzip der KLR festhält, muss bezirkliches Handeln systematisch auf Basis einer verursachungsgerechten CO <u>Bepreisung von Treibhausgasen (CO₂-Bepreisung Äquivalente, CO₂eq)</u> bemessen werden. Die Instrumente der „Produktbudgetierung“ stellen diese Möglichkeit prinzipiell schon heute systemimmanent zur Verfügung.	Es geht nicht nur um CO ₂ , sondern genauso um CH ₄ etc - gerade Gas ist durch Methanschlupf besonders klimaschädlich.	Erledigt durch modÜ R4-V-10-004
R4-V-10-008	Philip Alexander Hiersemenzel KV Friedrichshain/Kreuzberg	8	Von Zeile 8 bis 12: Höhere Kosten für CO₂-Emissionen könnten so eine signifikante Lenkungswirkung erzielen. Ziel ist es, den Bezirksverwaltungen eindeutige Anreize zur effizienten CO₂-Reduktion zu setzen. Emissionsminderungen müssen sich für die Bezirke auch finanziell lohnen und dürfen nicht – wie es aktuell nicht ausgeschlossen werden kann – zu Nachteilen bei der Mittelvergabe führen. Verursachergerechte Kosten für CO₂-Emissionen schaffen Transparenz und ermöglichen kosten- und klimaoptimale Emissionsminderungen.	kürzer	Übernahme
R4-V-10-014	Philip Alexander Hiersemenzel KV Friedrichshain/Kreuzberg	14	Von Zeile 14 bis 17: Eine generationengerechte CO ₂ eq-Bepreisung in die Bezirksfinanzierung zu integrieren. Hierfür sind in der KLR Mengen und Kosten für den CO ₂ eq-Ausstoß zu erfassen und mit Hilfe der Produktbudgetierung ist ein finanzieller Anreiz zur Reduktion von CO ₂ eq-Mengen zu schaffen.	CO ₂ =>CO ₂ -Äquivalente	Erledigt durch modÜ R4-V-10-014-2

STAND: 16.12.2020, 17:30 Uhr					
Antragsnr.	Antragsteller*in	Zeile	Änderung	Begründung	Verfahren
R4-V-10-014-2	Philip Alexander Hiersemenzel KV Friedrichshain/Kreuzberg	14	Von Zeile 14 bis 17: -Eine generationengerechte CO2-Bepreisung in die Bezirksfinanzierung zu integrieren. Hierfür sind in der KLR Mengen und Kosten für den CO2-Ausstoß zu erfassen und mit Hilfe der Produktbudgetierung ist ein finanzieller Anreiz zur Reduktion von CO2-Mengen zu schaffen. <u>- In einem ersten Schritt ist eine generationengerechte CO2eq-Bepreisung in die Kostenrechnung des Landes Berlin zu integrieren. Hierfür sind in der KR Mengen und Kosten für den CO2-Ausstoß zu erfassen und gleichzeitig Finanzierungsmodelle für das Land Berlin, unter Einbeziehung der Bezirke zu schaffen.</u>	Bezirk==>Land	modÜ (einfügen nach Zeile 28/Text aus modÜ R4-V10-023-2) Auf Basis des Klima-Controllings ist eine generationengerechte CO2eq-Bepreisung in die Kostenrechnung des Landes Berlin zu integrieren. Hierfür sind in der KoRe Mengen und Kosten für den CO2-Ausstoß zu erfassen und gleichzeitig Finanzierungsmodelle für das Land Berlin unter Einbeziehung der Bezirke zu entwickeln.
R4-V-10-018	Philip Alexander Hiersemenzel KV Friedrichshain/Kreuzberg	18	Von Zeile 18 bis 22 löschen: Den finanziell eigenverantwortlichen Handlungsspielraum der Bezirke zu erhöhen, insbesondere im Bereich der Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung. Zentral in den Senatsverwaltungen oder im Rahmen von Sonderprogrammen verwaltete Gelder sind soweit es vorteilhaft für das Gesamtinteresse des Landes Berlin ist, in die Bezirkshaushalte zu verlagern.	geht zu weit	Übernahme
R4-V-10-023	Philip Alexander Hiersemenzel KV Friedrichshain/Kreuzberg	23	Von Zeile 23 bis 26: Beginnend mit einem CO2eq-Controlling ein umfassendes Klima-Controlling unter der Federführung der zuständigen Senatsverwaltung für die Bezirke einzuführen: Erster Schritt ist die bezirksspezifische Erfassung der Kosten und Mengen des CO2eq-Ausstosses. In einem zweiten Schritt alle klimarelevanten Emissionen der Bezirke zu erheben,	CO2=>CO2-Äquivalente	Erledigt durch modÜ R4-V-10-023-2
R4-V-10-023-2	Philip Alexander Hiersemenzel KV Friedrichshain/Kreuzberg	23	Von Zeile 23 bis 26: Beginnend mit einem CO2eq-Controlling ein umfassendes Klima-Controlling <u>zur Kostenerfassung</u> unter der Federführung der zuständigen Senatsverwaltung für die <u>gesamte Berliner Verwaltung unter Einbeziehung der Bezirke auf Augenhöhe</u> einzuführen: Erster Schritt ist die <u>bezirksspezifische</u> Erfassung der Kosten und Mengen des <u>Berliner CO2eq-</u> Ausstosses. In einem zweiten Schritt alle klimarelevanten Emissionen der Bezirke zu erheben,	mündlich	modÜ Beginnend mit einem CO2eq-Kostenerfassung ist ein umfassendes Klima-Controlling unter der Federführung der zuständigen Senatsverwaltung für die gesamte Berliner Verwaltung unter Einbeziehung der Bezirk auf Augenhöhe einzuführen: Erster Schritt ist die Erfassung der Kosten und Mengen des Berliner CO2eq-Ausstosses. In einem zweiten Schritt sind alle klimarelevanten Emission der Senatsverwaltungen, der Landesbehörden und -unternehmen sowie der Bezirke zu erheben, wenigstens aufgeteilt nach den Sektoren Gebäude, Energie, Verkehr und allgemeines Beschaffungswesen. Dabei sollen auch die vor- und nachgelagerten Emissionen berücksichtigt werden.
R4-V-10-035	Philip Alexander Hiersemenzel KV Friedrichshain/Kreuzberg	35	Nach Zeile 35 einfügen: Soweit sinnvoll den finanziell eigenverantwortlichen Handlungsspielraum der Bezirke zu erhöhen, insbesondere im Bereich der Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung. Zentral in den Senatsverwaltungen oder im Rahmen von Sonderprogrammen verwaltete Gelder wären in die Bezirkshaushalte zu verlagern.		Zurückgezogen
R5-V-11: Die wachsende Stadt braucht eine Umweltgerechtigkeitsstrategie (von: Christiane Heiß (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg))					
R6-V-19: Rekommunalisierung der Berliner Schulreinigung (von: André Schulze (KV Berlin-Neukölln))					
R6-V-19-048	Nina Stahr KV Steglitz/Zehlendorf	48	Von Zeile 48 bis 51: Im Rahmen eines Modellprojekts wollen wir in Bezirken, die bereits BVV-Beschlüsse gefasst haben, bereits im kommenden Jahr in die Rekommunalisierung der Schulreinigung einsteigen und an mehreren Schulen erproben. In Bezirken, die bereits BVV-Beschlüsse gefasst haben und in denen Reinigungsverträge auslaufen, prüfen wir bereits für das kommende Jahr den Einstieg in die Rekommunalisierung der Schulreinigung. Die dabei gewonnenen Erfahrungen sollen in die Konzeption der Umsetzung der Rekommunalisierung einbezogen werden.		Übernahme
R7-V-08: Gerechte Parkraumbewirtschaftung (von: LAG Mobilität (beschlossen am: 04.11.2020))					

STAND: 16.12.2020, 17:30 Uhr					
Antragsnr.	Antragsteller*in	Zeile	Änderung	Begründung	Verfahren
R7-V-08-001	Klara Schedlich KV Reinickendorf	1	Von Zeile 1 bis 3: Mit den Möglichkeiten der Neuregelung der Bewohner-Parkausweise wird endlich einer langjährigen grünen Forderung Rechnung getragen. Der Landesverband erwartet von einer Neuregelung, dass der Parkraum flächen- und klimagerecht bewirtschaftet wird. Die Parkraumbewirtschaftung ist ein zentraler Bereich für die Umsetzung der Mobilitätswende. Nur wenn wir die Subventionierung des Autoverkehrs durch die kostenlose Bereitstellung des Großteils des öffentlichen Raumes beenden, können wir mehr Flächengerechtigkeit erreichen. Eine (höhere) Bepreisung von Parkraum ist deshalb unumgänglich. Wir fordern deshalb flächendeckende Parkraumbewirtschaftung in ganz Berlin.	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	modÜ Die Parkraumbewirtschaftung ist ein zentraler Bereich für die Umsetzung der Mobilitätswende. Nur wenn wir die Subventionierung des Autoverkehrs durch die kostenlose Bereitstellung des öffentlichen Raumes beenden, können wir mehr Flächengerechtigkeit erreichen. Eine höhere Bepreisung von Parkraum ist deshalb unumgänglich. Mit den Möglichkeiten der Neuregelung der Bewohner-Parkausweise wird endlich einer langjährigen grünen Forderung Rechnung getragen. Der Landesverband erwartet von einer Neuregelung, dass der Parkraum flächen- und klimagerecht bewirtschaftet wird.
R7-V-08-004	Harald Moritz KV Treptow/Köpenick	4	Von Zeile 4 bis 7: Bei einer Spreizung der jährlichen Gebühren zwischen 80€ bis 500€ sind neben den umwelt- auch sozialpolitische Maßstäbe zu berücksichtigen. Sie sollten nach Größe, Gewicht oder der Kohlendioxid-Emission des Fahrzeugs gestaffelt berechnet werden. Innerhalb des S-Bahnringes sollte die Parkraumbewirtschaftung flächendeckend umgesetzt werden. Bei der Erhöhung der jährlichen Gebühren für Parkvignetten von Anwohner*innen wollen wir prüfen, in wie weit wir eine Gebührenstaffelung an Hand von sozialen und ökologischen Maßstäben ohne großen bürokratischen Aufwand miteinander kombinieren und umsetzen können. Innerhalb des S-Bahnringes sollte die Parkraumbewirtschaftung flächendeckend umgesetzt werden.	Wir sollten uns nicht auf einen konkreten Gebührensatz bzw. Gebührenrahmen festlegen. In der Berliner Bundesratsinitiative zur Festsetzung von Anwohner*innen-Parkgebühren hatten wir uns den Vorschlag des Deutschen Städtetages von 240 Euro im Jahr zu eigen gemacht. Daran sollten wir uns weiterhin orientieren, ohne uns hier aber konkret festzulegen. Die Staffelung von Gebühren nach sozialen und ökologischen Maßstäben ist anzustreben, muss aber juristisch und datenschutzrechtlich geprüft werden.	Abstimmung
R7-V-08-004-2	Klara Schedlich KV Reinickendorf	4	Von Zeile 4 bis 7: Bei einer Spreizung der jährlichen Gebühren zwischen 80€ bis 500€ sind neben den umwelt- auch sozialpolitische Maßstäbe zu berücksichtigen. Sie sollten nach Größe, Gewicht oder der Kohlendioxid-Emission des Fahrzeugs gestaffelt berechnet werden. Innerhalb des S-Bahnringes sollte die Parkraumbewirtschaftung flächendeckend umgesetzt werden. Als Grundlage für die Berechnung der Parkraumgebühren fordern wir eine Orientierung am Mietspiegel: Dort, wo Autos auf Parkplätzen stehen könnten mehrstöckige Gebäude mit Wohnungen sein. Insofern nimmt der Autoverkehr nicht nur öffentlichen Raum ein, sondern anderen Menschen auch potenziellen Wohnraum weg. Deshalb fordern wir, dass diese Tatsache respektiert wird, indem sich der Preis der Parkraumbewirtschaftung als Produkt der Fläche eines Autos mit dem fünffachen Mietspiegel berechnet. Dieser Grundwert wirkt in Verbindung mit einem sozialen Faktor und einem Klimafaktor: Besonders umweltschädliche Fahrzeuge steigern die Gebühren, besonders umweltschonende Fahrzeuge senken sie. Ein hohes Einkommen erhöht die Gebühr, ein niedriges senkt sie. Carsharing und Fahrzeuge von Menschen, welche auf diese aufgrund von Behinderung oder anderen Gründen dringend angewiesen sind, sind von dieser Regelung ausgenommen.	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	Zurückgezogen

STAND: 16.12.2020, 17:30 Uhr					
Antragsnr.	Antragsteller*in	Zeile	Änderung	Begründung	Verfahren
R7-V-08-006	Oliver Powalla KV Neukölln	6	Von Zeile 5 bis 7 einfügen: auch sozialpolitische Maßstäbe zu berücksichtigen. Sie sollten nach Größe, Gewicht oder der Kohlendioxid-Emission des Fahrzeugs gestaffelt berechnet werden. <u>Für Geringverdienende sollte es Ausnahmeregelungen und Ermäßigungen geben.</u> Innerhalb des S-Bahnringes sollte die Parkraumbewirtschaftung flächendeckend umgesetzt werden.	Die Parkraumbewirtschaftung sollte finanzielle Anreize setzen, auf das eigene Auto zu verzichten. Deshalb ist es sinnvoll, die jährlichen Gebühren deutlich zu erhöhen. Es sollte aber berücksichtigt werden, dass die vorgeschlagene Gebührenstaffelung zwischen 80 und 500 Euro Menschen mit geringem Einkommen möglicherweise keine andere Wahl lässt, als das eigene Auto abzuschaffen, obwohl sie beruflich oder privat darauf vielleicht angewiesen sind. Für Menschen mit gutem und hohem Einkommen gäbe es keinen vergleichbaren Zwang, selbst wenn sie einen besonders großen, schweren und dreckigen SUV fahren. Durch eine sozialpolitische Abfederung können Härtefälle und Ungerechtigkeiten vermieden werden: zum Beispiel Ausnahmen für ALG II-Bezieher*innen und Ermäßigungen bei einem Nettoverdienst unter 1.500 Euro. Eine solche Staffelung der Gebühren, die nicht nur die Eigenschaften der Autos betrachtet, würde die Parkraumbewirtschaftung deutlich gerechter machen und die Akzeptanz für die Gebührenerhöhung erhöhen. Ungeachtet dessen würde für die große Mehrheit der Autofahrer*innen ein wirksamer Anreiz zum Umsteigen auf Rad, Bahn oder Sharingangebote gesetzt.	Erledigt durch Abstimmung über V-08-004
R7-V-08-008	Thomas Wolff KV Charlottenburg/Wilmersdorf	8	Von Zeile 8 bis 9: Der innerstädtische Parkraum sollte jährlich um mindestens 5% reduziert werden, zugunsten von <u>Radwegen und</u> Fahrradparkplätzen, Freiflächen für den Fußverkehr und die Stadtnatur.	Anderswo werden Forderungen nach gleichberechtigter Raumnutzung durch verschiedene Verkehrsteilnehmer formuliert, anstelle der früheren autogerechten Stadt. Um dem wachsenden Bedarf an Radverkehrsflächen gerecht zu werden, müssen natürlich Autofahr- und -parkflächen umgewidmet werden. Eine pauschale Reduzierung jedoch, die nicht von Bedarf und Ausgleich getrieben wird, hat nichts mit "gerecht" zu tun, sondern setzt uns unnötig dem Vorwurf des "Kulturkampfes gegen das Auto" aus.	Erledigt durch Abstimmung von R7-V-08-008-3
R7-V-08-008-2	Oliver Powalla KV Neukölln	8	Von Zeile 8 bis 9: Der innerstädtische Parkraum sollte jährlich in einem ersten Schritt in den nächsten 5 Jahren um mindestens 5%-25 Prozent reduziert werden, zugunsten von Fahrradparkplätzen, Freiflächen für den Fußverkehr und die Stadtnatur.	Der große Flächenanteil, den Parkplätze beanspruchen, steht zu Recht in der Kritik. Dringend braucht es deshalb ein Reduktionsprogramm, das Freiräume für mehr Lebensqualität in den Stadtteilen, eine Verbesserung des Stadtklimas und Mobilitätsalternativen zum Auto bereitstellt. Mit einer verbindlichen Reduktion des Parkraums um 25 Prozent könnte dieser Prozess stadtweltweit geplant und angestoßen werden. Ob wir Berlin gänzlich autofrei gestalten wollen, ist aber eine grundsätzliche Frage, die unabhängig von der Parkraumbewirtschaftung zu klären ist. Zumindest braucht es darüber eine offene Diskussion und transparente Entscheidung. Das Volksbegehren Berlin autofrei bietet für uns Grüne eine gute Gelegenheit zur Positionierung. Darüber hinaus könnten wir auch auf eigene Beschlüsse von Abgeordnetenhäusern und Senat drängen. Diese Optionen sollten Gegenstand eines eigenständigen Parteiantrags sein. Perspektivisch könnten wir nach einer ersten Reduktion der Parkfläche um 25 Prozent weitere Schritte bis zu vollständiger Abschaffung innerstädtischen Parkraums beschließen. Die im ersten Schritt gesammelten Erfahrungen, besonders was die Teilhabe und Partizipation der Anwohner*innen angeht, sollten dabei ausgewertet und berücksichtigt werden.	Erledigt durch Abstimmung von R7-V-08-008-3
R7-V-08-008-3	Harald Moritz KV Treptow/Köpenick	8	Von Zeile 8 bis 9: Der innerstädtische Parkraum sollte jährlich um mindestens 5% reduziert werden, zugunsten von Fahrradparkplätzen, Freiflächen für den Fußverkehr und die Stadtnatur. Den Parkraum im öffentlichen Straßenland wollen wir weiter schrittweise zugunsten von Fahrradinfrastruktur, inklusive -stellplätzen und Stellplätzen für Sharingfahrzeuge sowie Freiflächen für den Fußverkehr bzw. zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und die Stadtnatur reduzieren.	Die Festlegung auf eine feste jährliche Quote ist nicht hilfreich, weil in den meisten Fällen die Reduzierung bzw. Umwidmung von Stellplätzen am Straßenrand Zuständigkeit der einzelnen Bezirke ist und von der Landesebene darauf keine direkten Einwirkungsmöglichkeiten bestehen. Mit der Einrichtung von Radwegen entlang der Hauptstraßen bzw. im Nebennetz, sowie mit der Ausweisung von Stellplätzen für Fahrräder und Sharingfahrzeuge (gemeint sind hier alle Formen von Sharingfahrzeugen), der Einrichtung von Spielstraßen u.v.a. wird sicher gestellt, dass sich die Stellplatzanzahl kontinuierlich verringern wird.	Abstimmung (gegen jetzt modifizierte Text, siehe R7-V-08-008-4)

STAND: 16.12.2020, 17:30 Uhr					
Antragsnr.	Antragsteller*in	Zeile	Änderung	Begründung	Verfahren
R7-V-08-008-4	Klara Schedlich KV Reinickendorf	8	Von Zeile 8 bis 9: Der innerstädtische Parkraum sollte jährlich um mindestens 5% reduziert werden, zugunsten von Fahrradparkplätzen, Freiflächen für den Fußverkehr und die Stadtnatur. Hinsichtlich des Parkraums fordern wir eine jährliche Auflösung von 100.000 Parkplätzen bzw 100 Hektar bis 2030. Innerhalb des S-Bahn-Rings bietet der ÖPNV schon heute eine gut ausgebaute Alternative zum Auto. Deswegen werden innerhalb des S-Bahn-Rings alle Parkplätze bis 2025 abgeschafft. Ausnahmen für den Lieferverkehr sind zulässig, müssen aber einzeln begründet werden. Menschen mit Behinderung bekommen unbürokratisch eine Ausnahmegenehmigung.	[Beteiligung Fachforum Verkehr GJ; für Synopse gelöscht]	mod. Übernahme: Perspektivisch sollen möglichst alle Parkflächen in der Innenstadt weichen, davon ausgenommen sind Lieferzonen und Behindertenparkplätze. Eine Zählung aller Parkplätze Berlins wird veranlasst um erarbeiten zu können, in welcher Geschwindigkeit diese umfunktioniert werden müssen um den Klimazielen gerecht zu werden.
R8-V-18: Verantwortung ernst nehmen – Bedrohte afghanische Ortskräfte und ihre Familien aufnehmen (von: LAG Migration & Flucht Berlin (beschlossen am: 19.02.2020))					
R8-V-18-061	Werner Graf KV Friedrichshain-Kreuzberg	60	Von Zeile 60 bis 62 einfügen: Berlin ansässigen oder noch kommenden afghanischen Ortskräften, die über das reguläre Aufnahmeprogramm <u>des Bundes</u> gekommen sind oder kommen, ebenfalls nach Berlin zu holen. Das Aufnahmeprogramm soll für all jene Verwandten geöffnet sein, die aufgrund der		Übernahme
R8-V-18-068	Werner Graf KV Friedrichshain-Kreuzberg	67	Von Zeile 67 bis 71: Die aufgenommenen Familienangehörigen sollen einen befristeten humanitären Aufenthaltstitel bekommen und dann in ein reguläres Asylverfahren übergehen. Im Falle einer Ablehnung einer dieser Gruppe zugehörigen Person, ist das Land Berlin in der Beweispflicht, dass kein kausaler Zusammenhang zwischen einer Bedrohung durch die islamistische Terrorgruppen und der Tätigkeit der verwandten Ortskraft vorliegt. können dann in ein reguläres Asylverfahren übergehen. Im Falle einer Ablehnung einer dieser Gruppe zugehörigen Person durch das BAMF, gilt wie im Koalitionsvertrag vereinbart: Das Land Berlin schiebt Menschen nicht in lebensbedrohliche oder humanitär nicht zumutbare Situationen ab.		modÜ Die aufgenommenen Familienangehörigen sollen einen befristeten humanitären Aufenthaltstitel bekommen und können dann in ein reguläres Asylverfahren übergehen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei den Aufnahmeverfahren auf Bundesebene die Beweislast umgekehrt wird und der Staat nachweisen muss, dass die Person im Herkunftsland nicht gefährdet ist. Im Falle einer Ablehnung einer dieser Gruppe zugehörigen Person durch das BAMF, gilt wie im Berliner Koalitionsvertrag vereinbart: Das Land Berlin schiebt Menschen nicht in lebensbedrohliche oder humanitär nicht zumutbare Situationen ab.
R9-V-20: Gleichstellung ohne Wenn und Aber: Schluss mit der rechtlichen Diskriminierung von Lesben* und ihren Familien (von: Sebastian Walter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg))					
R10-V-23: Unterstützungsangebote für Schulen gegen Rassismus, religiöses Mobbing, konfrontative Religionsbekundung, Verschwörungsfanatismus und demokratiefeindliche Ideologisierungen (von: LAG Säkulare Grüne Berlin (beschlossen am: 21.11.2020))					

STAND: 16.12.2020, 17:30 Uhr					
Antragsnr.	Antragsteller*in	Zeile	Änderung	Begründung	Verfahren
R10-V-23-003	Nina Stahr KV Steglitz/Zehlendorf	3	Von Zeile 2 bis 3: aufgefördert, sich für den Ausbau und Erhalt von qualifizierten Unterstützungsangeboten einzusetzen, um Schulen im Umgang mit Extremismus [Leerzeichen] , Antisemitismus, Rassismus, LSBTIQ*-Feindlichkeit, Sexismus und allen anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu stärken. Die grüne Abgeordnetenhausfraktion hat ein umfassendes gesamtstädtisches Konzept gegen Diskriminierung an Schulen vorgelegt, in dessen Zentrum strukturelle Maßnahmen stehen. Zentral ist unter anderem die diversitätskritische Aus- und Fortbildung von Schulpersonal, um Diskriminierung zu verhindern, bzw. kritisch aufzuarbeiten. Politik und Verwaltung stehen in der Pflicht die Vermittlung entsprechender Kompetenzen systematisch anzubieten. Die SPD fordern wir auf, ihren Widerstand endlich aufzugeben, damit die strukturverändernden Maßnahmen – wie etwa Diskriminierungsbeauftragte an allen Schulen – endlich zum Wohle der Kinder und Jugendlichen umgesetzt werden. Überdies begrüßen wir die umfassende Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte der Islamismusprävention – gerade auch in der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit – durch die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung. Wir fordern die Verstärkung dieser erfolgreichen Arbeit, die in enger und verlässlicher Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden und NGOs geleistet wird. Gerade in diesen Tagen stehen wir solidarisch zusammen und lassen uns nicht auseinander teilen. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie fordern wir auf, ihrerseits entsprechende Angebote und Projekte zu stärken. Lehrkräfte besser zu unterstützen und ihnen nicht nur in Form von Aus- und Fortbildung geeignete pädagogische Instrumente an die Hand zu geben.	Der Ursprungsantrag war sehr undifferenziert, diese Änderung bringt die notwendige Differenzierung in den Antrag.	Ursprungsantrag zurückgezogen
R10-V-24: Paritätsgesetz für Berlin – wir bleiben dran (von: Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei))					
R10-V-24-039	Johanna Braun KV Kreisfrei	39	Von Zeile 38 bis 39 einfügen: Slowenien bereits Paritätsgesetze erlassen. Auch die Bundesländer Thüringen und Brandenburg haben Paritätsgesetze beschlossen, <u>die noch durchs Bundesverfassungsgericht gehen müssen.</u>		modÜ (...), die dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt wurden.
R10-V-24-050	Silke Gebel KV Mitte	50	Von Zeile 49 bis 55: Das vergangene Jahrhundert zeigt: Es reicht nicht, sich auf den guten Willen der Parteien zu verlassen. <u>Gerade die konservativen und rechten Parteien stellen kaum Frauen für die Parlamente auf, ein paritätisch besetztes Parlament ist damit ohne Quotenregelungen in weiter Ferne.</u> Fest steht: Im 21. Jahrhundert haben wir noch immer keine Gleichstellung von Frauen, wie im Grundgesetz vorgesehen. <u>Dies hängt auch mit der mangelnden Repräsentanz von Frauen in politischen Entscheidungsstrukturen zusammen.</u> Bündnis 90/Die GRÜNEN in Berlin fordern <u>deshalb</u> überall Geschlechtergerechtigkeit. Darum setzen wir uns dafür ein, dass wir in der nächsten Wahlperiode ein <u>verfassungskonformes Paritätsgesetz umsetzen, das auf entwickeln und Regelungen einführen, um mehr Frauen in die Parlamenten zu bringen. Damit es eine echte Ergebnisparität und eine Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit gibt, ist wichtig, dass sie auf Landeslisten als auch sowie bei den Wahlkreisen wirkt-wirken, die Bezirkslisten abgeschafft werden</u> und Beteiligung jenseits der Geschlechterbinarität ermöglicht <u>ist</u> . Damit endlich auch in den Parlamenten selbstverständlich ist: Mindestens 50% der Macht den Frauen.	Ziel muss sein, ein verfassungskonformes Paritätsgesetz zu formulieren, was mehr Frauen in die Parlamente bringt. Gleichzeitig ist unser Grünes Frauenstatut bahnbrechend für mehr Frauen in Parlamenten und sollte im Einklang mit einer landesweiten Regelung für mehr Frauen in den Parlamenten sein.	mod Ü - "Repräsentation" statt "Repräsentanz" - "verfassungskonformes Paritätsgesetz entwickeln und damit Regelungen einführen, um mehr Frauen in die Parlamente zu bringen"

STAND: 16.12.2020, 17:30 Uhr					
Antragsnr.	Antragsteller*in	Zeile	Änderung	Begründung	Verfahren
R10-V-24-053	David Michail Braun KV Tempelhof-Schöneberg	53	Von Zeile 52 bis 54 einfügen: Geschlechtergerechtigkeit. Darum setzen wir uns dafür ein, dass wir in der nächsten Wahlperiode ein Paritätsgesetz umsetzen, das den verfassungsmäßigen Anforderungen gerecht wird , das auf Landeslisten als auch bei den Wahlkreisen wirkt und Beteiligung jenseits der Geschlechterbinarität ermöglicht. Damit endlich auch in	In Thüringen wurde die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit eines Paritätsgesetzes erstmals verfassungsgerichtlich geklärt. Der Thüringer Verfassungsgerichtshof entschied am 15. Juli 2020 (VerfGH 2/20), dass das dortige Paritätsgesetz gegen die demokratischen Grundprinzipien der Wahlgleichheit und der freien Wahl verstoße. Zu dieser gehöre auch das Recht des Wählers mehr Frauen oder mehr Männer ins Parlament schicken zu wollen. In Brandenburg stellte das Verfassungsgericht am 23. Oktober 2020 einstimmig die Verfassungswidrigkeit des brandenburgischen Paritätsgesetzes fest. Das Paritätsgesetz greife in die Wahlvorschlagsfreiheit der Parteien ein, die passive Wahlrechtsgleichheit sei beeinträchtigt und das Recht auf Chancengleichheit der Parteien werde verletzt.	Erledigt durch modÜ von R-10-V-24-050

